

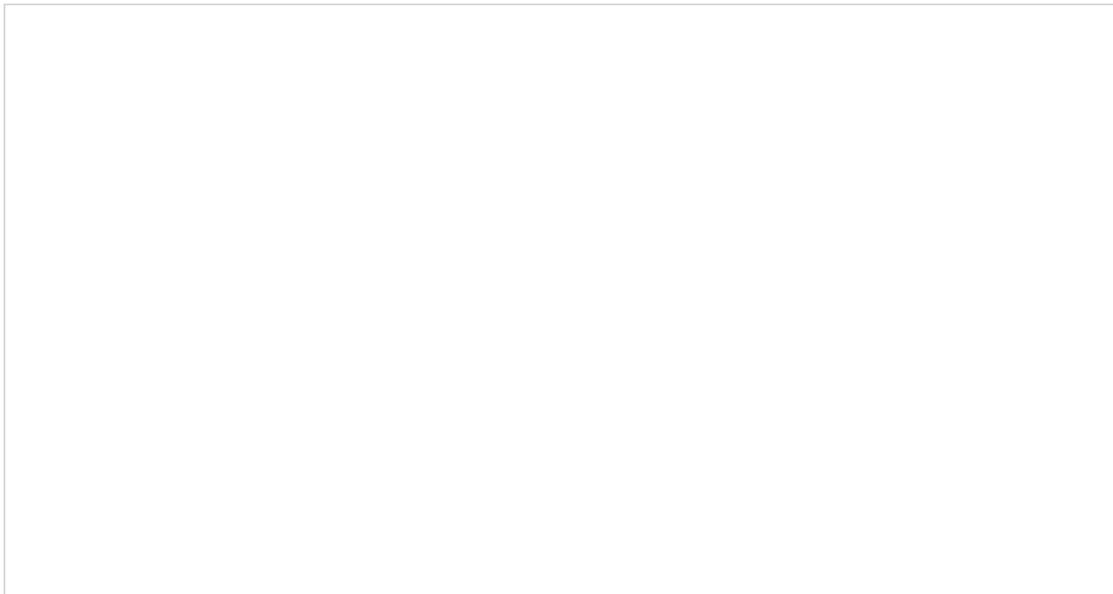
Ein außenpolitischer Spagat

Von [Frank Zimmermann](#)

Mo, 31. Oktober 2022

[Schweiz](#)

Wie sich die neutrale Schweiz in früheren Konflikten verhalten hat – vom stillhaltenden Pufferstaat zum Beteiligten an Friedensmissionen.

[Drucken](#) [Vorlesen](#) [Verlinken](#) [Fehler melden](#)

Im 19. Jahrhundert wurde über die Neutralität der Schweiz nicht kontrovers debattiert; sie nahm die ihr zugedachte Rolle als Pufferstaat zwischen den europäischen Großmächten ein, es wird deshalb von einer "Neutralitätspolitik des Stillsitzens" gesprochen.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs, 1919, wurde die Neutralität der Schweiz im Vertrag von Versailles anerkannt. 1920 trat sie dem neu gebildeten Völkerbund bei – unter der Voraussetzung, dass sie nur wirtschaftliche, aber keine militärischen Sanktionen mitträgt. "Da beginnt eigentlich das große Problem für die Neutralen, weil in einem Konzept der kollektiven Sicherheit die Neutralität keinen Platz hat", so der Historiker Sacha Zala, Direktor der Forschungsstelle Dodis in Bern, im Deutschlandfunk. "Der erste Kompromiss war gemacht."

Ihre neutrale Position im Zweiten Weltkrieg brachte der Schweiz viel Kritik der Alliierten ein: zum einen wegen der Ablehnung Tausender NS-Verfolgter an ihren Grenzen. Zum anderen, weil die Eidgenossen mit den Deutschen Geschäfte machten. Hinzu kam die Bereicherung mit Nazi-Raubgold. So war die neutrale Schweiz nach 1945 – moralisch – eher Teil der Schurkenstaaten, ehe sie im Kalten Krieg auf der Seite des Westens landete. 1963 trat sie dem Europarat bei, 1975 unterzeichnete sie die Helsinki-Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Mit Ende des Kalten Krieges setzte die Schweiz stärker auf Sicherheit durch Kooperation. Seit 1996 nimmt sie an der "Partnerschaft für den Frieden" teil, die 1994 von den Staats- und Regierungschefs der Nato initiiert wurde. "Diese Teilnahme ist mit dem Neutralitätsrecht und der Neutralitätspolitik der Schweiz kompatibel", so das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten.

Auf Grundlage eines UN- oder OSZE-Mandats kann die Schweiz auch an militärischen Friedensmissionen teilnehmen, allerdings nicht an aktiven Kampfhandlungen, bewaffnet sind Soldaten nur zum Selbstschutz. So beteiligt sich die Schweiz seit 1999 an der multinationalen Kfor-Mission im Kosovo, wo der Konflikt zwischen Serben und Albanern eskaliert war – allerdings erst seit dem Erlass des UN-Mandats, anfangs hatte die Nato ohne UN-Mandat eingegriffen. An der Irak-Invasion der USA und ihren Verbündeten 2003 nahm die Schweiz wegen des fehlenden UN-Mandats auch nicht teil, Militärflugzeuge der Konfliktparteien durften auch nicht Schweizer Gebiet überfliegen.

Als Russland 2014 die Krim annektierte, beteiligte sich die Schweiz nicht an Sanktionen, erließ aber Maßnahmen, damit über ihr Territorium keine internationalen Sanktionen gegen das Putin-Regime umgangen werden konnten. Mit der russischen Invasion in der Ukraine sah die Schweiz diese Haltung als nicht mehr ausreichend an, der Bundesrat übernahm deshalb nach wenigen Tagen alle Sanktionen von EU und USA.

Ressort: [Schweiz](#)

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der BZ vom Mo, 31. Oktober 2022